



Pressemitteilung 26. Februar 2013

## **Wenn zwei Prozent die Mehrheit malträtiert. Der Inflationsbegriff „Sucht“ verhindert Prävention.**

**Zwischen den Zeilen kann man vieles lesen, so die allgemeine Kenntnis. Die Verlautbarung des FDP geführten Wirtschaftsministeriums zum Thema „Reduzierung der Glücksspielautomaten in Gastronomie und Spielhallen“ ermuntert gerade dazu, Kommentare mit einer gewissen Häme oder Unterstellung zu verfassen. Die Berichte konzentrieren sich viel lieber auf den Liebesentzug der FDP gegenüber der Automatenbranche, anstatt sich mit den Fakten des Problems auseinander zu setzen. Pauschale Behauptungen, dass an einer Halbierung der Spielautomaten kein Weg vorbei führe, bestätigen, dass weder Fakten noch innovative Politik eine Rolle spielen. Der Suchtbegriff schlägt alles und erfüllt den Drang nach Polarisierung. Studien zufolge sind in Deutschland etwa zwei Prozent als spielsüchtig zu bezeichnen. An der Gefährdungsschwelle zur Sucht befinden sich möglicherweise etwas mehr. Allerdings wird inzwischen auch bescheinigt, dass besondere Gefahren im unkontrollierbaren Spielraum des Internets lauern. In Kneipen oder Spielhallen besteht zumindest die Kontrollpflicht, die auch bereits diverse Auflagen des Gesetzgebers unterworfen ist. Im Internet existiert so etwas nicht.**

Der politische Mainstream, auf jedes scheinbar mehrheitsfähige Thema sofort mit harschen und ultimativen Verboten zu reagieren, ist zur Zeit Mode. In einem besonderen Wahljahr sogar Strategie. Das nun die FDP eine Wende in der Behandlung der Glücksspielautomaten in Kneipen und Spielhallen einleitet, mag diesem Umstand geschuldet sein. Ob es dadurch logischer und glaubwürdiger wird, ist zu bezweifeln. „Man packt das Problem nicht bei den Wurzeln, wie so häufig in diesen Tagen“, so der Landesvorsitzende des Vereins zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur VEBWK, Franz Bergmüller. Er spricht damit das mangelnde Bewusstsein über die tatsächlichen Gründe für Spielsucht an. „Natürlich ist die Spielsucht ein bedeutsames Thema. Die Erkrankten müssen therapiert werden, die

Schwelle für nachteiliges Spielverhalten von Menschen muss erhöht werden. Doch das ist ja bereits geschehen. Die Verordnungen sind gemeinsam mit Soziologen und Suchtexperten erstellt worden. Der nächste wichtige Schritt sollte also zusätzliche Prävention durch Aufklärung sein und nicht wieder ein neues Verbot oder Bevormundung samt wirtschaftlichem Exodus“, sagt Bergmüller.

Der VEBWK-Chef macht sich speziell Sorgen um die vielen kleinen Kneipen, in denen heute maximal drei solcher Geldgewinnspielgeräte zu finden sind. Mit einer Reduktion auf nur noch ein Gerät nimmt man den Wirten erneut einen wichtigen Umsatzteil. Nach Rauchverbot mit durchschnittlich 30 Prozent Umsatzverlust in der Kleingastronomie, kostenintensiven Brandschutz- und Hygieneauflagen, der Androhung auf exorbitante GEMA-Gebührensteigerung, um nur einige zu nennen, wird den Wirten mehr und mehr die Existenzgrundlage entzogen. Der VEBWK sieht darin langsam System. Scheinbar will man die Kneipenkultur komplett umkrempeln. Das wäre das Aus der urigen Kneipen und des Wohnzimmers des kleinen Mannes. Dann gilt nur noch Design & rein. Für Bayerns Gastronomie keine Perspektive, sondern ein schlimmer Verzicht auf Identität. Was hat das nun alles mit der beabsichtigten Reduktion von Spielautomaten zu tun? Auf den ersten Blick wenig, aber man darf auch zwischen den Zeilen lesen.

Und auch die FDP sollte nicht vergessen, dass mit ihrer Unterstützung des Vorhabens ein nächstes, teures Problem entstehen wird. Im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes müsste man eigentlich auch die Spielautomaten in den staatlichen Casinos reduzieren. Und dort dürfte man dann Zeter und Mordio schreien, denn die wirtschaftliche Situation ist alles andere als rosig. Das sogenannte „kleine Spiel“ in den Casinos macht mehr als die Hälfte des Umsatzes aus. Bei einem signifikanten Wegfall dieser Umsätze laufen in Bayern gleich mehrere Spielbanken Gefahr, die Pforten schließen zu müssen. Wirtschaftsminister Zeil und Finanzminister Söder sollten dann schon mal neu rechnen. Oder sie kommen auf die Idee einer insgesamt besseren Regelung, die ohne Verbotswesen auskommt. Man müsste halt nur Vertrauen in die mündigen Bürger haben.

Rückfragen an:

VEBWK e.V. Pressesprecher

Bodo Meinsen

Chiemseering 11, 85551 Kirchheim b. München

Telefon: 089 – 90 52 90 72

Fax: 089 – 90 52 90 73

Email: [presse@vebwk.com](mailto:presse@vebwk.com)